



.energiesuisse.net

Hochspannung

Spannende Informationen rund um die Energiewende

März 2017

Jetzt wissen wir Bescheid: Der Bundesrat tut kund, warum wir der Energiestrategie 2050 und damit dem Energiegesetz vom 30. September 2016, das am 21. Mai 2017 zur Abstimmung kommt, zustimmen sollen. Er hat das „Bundesbüchlein“ zur Abstimmung publiziert. Es ist ein Meisterwerk dialektischer Tatsachenverdrehung. Als Bürger ist man entsetzt, dass die Landesregierung ein solches Machwerk verantwortet. Wir belegen die Behauptung. Dann stellen wir das Werk in einen literarischen Zusammenhang und zeigen die Chancen, die ein NEIN bietet.

So sieht das „Bundesbüchlein“ aus, das Sie demnächst erhalten werden. Es heisst offiziell „Erläuterungen des Bundesrates“. Allerdings fühlt man sich als informierter Stimmbürger nach der Lektüre alles andere als erläutert.

Die „Erläuterungen“ bestehen aus vier Teilen:

- Das Wichtigste in Kürze
- Die Vorlage im Detail mit den wichtigsten Massnahmen
- Die Argumente des Referendumskomitees
- Die Argumente des Bundesrates.

Und dann folgen alle 47 Seiten des Gesetzes und der damit zusammenhängenden Gesetzesänderungen.



Der vierte Teil, **die Argumente des Bundesrates** sind reine Realsatire. Er beginnt mit dem harmlosen Satz:

„Mit dem ersten Paket der Energiestrategie kann die Schweiz den Energieverbrauch senken...“

Voll daneben! Sie *kann* nicht, sie **muss**! So steht es im Artikel 3 klar und deutlich: „...ist anzustreben“. Das tönt nicht nach Erlaubnis, sondern nach Befehl.

Und weiter findet es der Bundesrat gut „...*die Abhängigkeit von importierten fossilen Energien [zu] reduzieren...*“

Wie? Indem man die elektrische Energie, mit der man diese importierten fossilen Energieträger ersetzen könnte – **etwa durch Wärmepumpen statt Ölheizungen** – künstlich verknapp?

„...und die einheimischen erneuerbaren Energien [zu] stärken.“

Unsere wichtigste einheimische erneuerbare Energiequelle ist die Wasserkraft. Gerade sie leidet am meisten unter dem Ausbau der Solarstromproduktion. Diese führt zeitweise zu einer derartigen Stromschwemme (vorerst in Deutschland, aber sie schwappt über in die Schweiz), dass Wasserkraftwerke nur noch mit Verlust arbeiten. Dagegen offeriert der Bundesrat ein giftiges Doping-Pflasterchen von 0,2 Rappen pro kWh.

„Damit bleiben die Investitionen in der Schweiz und fliessen nicht ins Ausland ab.“

Die «Hochspannung»-Redaktion hat nicht Ökonomie studiert, aber sie hat sich von erstklassigen Ökonomen sagen lassen, dass Studenten dieses Fachs im ersten Semester lernen, dass **eine solche Aussage völlig unsinnig ist.** Klar: die Nordkoreanischen Won bleiben alle in Nordkorea, weil das Land kaum Aussenhandel treibt. Unsere Franken, die nach Saudi-Arabien und Russland fliesen, kommen nämlich zurück! Für Luxusuhren und Ferien in St. Moritz! **Übrigens auch die vielen Franken die für Photozellen nach China fliesen.**

„Die Vorlage sorgt für eine sichere und saubere Energieversorgung“

Wenn man ständig verfügbaren Nuklearstrom durch Wind- oder Solarstrom ersetzen will, der **selten und zufällig verfügbar ist, macht man die Versorgung nicht sicherer**, und der importierte **Kohlestrom**, welcher einspringen muss, **ist nicht sauber.** Die Aussage ist nicht einmal eine Verdrehung der Tatsachen – sie ist schlicht gelogen. Unsicherer und dreckiger wäre richtig.

„Die Vorlage stärkt die Schweiz: Sie enthält Anreize, weniger Energie zu verbrauchen und den Anteil importierter fossiler Brennstoffe wie Erdöl zu senken.“

Die Vorlage enthält keine „Anreize“, nur Vorschriften. Wieder ist Artikel 3 zu zitieren: „Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro

Person und Jahr ist gegenüber dem Stand im Jahr 2000 ... eine Senkung um 43 Prozent bis zum Jahr 2035 anzustreben“. Das wären übrigens **etwas über 2000 Watt!** Einen Anreiz dazu sucht man vergebens.

Dass die Schweiz gestärkt werden soll, wenn der Energieverbrauch gesenkt wird, ist **absurd.** Energie ist eine entscheidende Grundlage der Wirtschaft und damit des Wohlstands. Wenn wir den Energieverbrauch um 43% absenken, **sind wir auf dem Niveau von „Wirtschaftswunderländern“ wie Kroatien, Argentinien und Usbekistan.** Oder anders gesagt: **Wir wären in der Schweiz wieder dort, wo wir um 1962 schon einmal waren.** Heisst das, die Schweiz stärken??

„Die Vorlage stärkt Innovation, fördert Investitionen und schafft Arbeitsplätze im Inland.“

Innovation? Windräder sind seit Jahrtausenden bekannt und Photozellen hat man in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts für die Raumfahrt entwickelt. Das Prinzip der Photozellen hat Einstein vor über 100 Jahren entdeckt. **Innovation entsteht durch Forschung und Entwicklung, nicht durch Vorschriften und Subventionen.**

Die **Arbeitsplätze**, welche durch das Energiegesetz geschaffen werden **sind subventioniert und wenig wertschöpfend:** Putzequipen für die Solarzellen, Kaminfeger zur Wartung der Holzschnitzanlagen und Beratungsbüros, welche die Mängel schön schreiben. Oder sie entstehen in **Unternehmen, deren Geschäftsmodell keine Zukunft hat.** Wir nennen keine Namen. Man findet sie in den Börsenkommentaren.

„Die Förderung der erneuerbaren Energien ist somit für die Haushalte und die Wirtschaft verkraftbar. Sie wird zudem befristet“.

Tatsache ist, dass **die Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien gesamthaft auf 1,15 Milliarden Franken pro Jahr ansteigen würden**, damit Strom im Wert von höchstens 100 Millionen Franken erzeugt wird. Das ist Verschleuderung von Volksein-

kommen. Befristet? Im Jahr 2023 werden die letzten **Verpflichtungen eingegangen, die bis 2043 gelten**. Mit der Erhöhung der Netzabgabe von 1,5 auf 2,3 Rappen wird es nicht gelingen, die berühmte Warteschlange abzubauen. Die Profiteure der Subventionen werden laut genug schreien, dass das Parlament die Abgabe schnell erhöht. **Eine befristete Subvention hat es kaum je gegeben.**

„Aufgrund der höheren Anforderungen an die Sicherheit sind die Kosten für neue Kernkraftwerke der heutigen Generation stark gestiegen.“

Ja, genau! Wir erinnern uns gut an ein vermeintlich vertrauliches Gespräch mit einem SP-Nationalrat¹ aus den 70er Jahren: *„Wir müssen so lange mehr Sicherheit fordern, bis sich niemand die [Schimpfwort] Dinger leisten kann“*. Gemeint waren natürlich Kernkraftwerke. **Die hohen Kosten der heutigen Kernkraftwerke sind politisch gewollt.** Trotzdem ist ihr Strom immer noch weit billiger als der aus erneuerbaren Quellen. **Beweis? Die Warteliste von 40'000 Projekten, die auf Subventionen warten!**

„Ausserdem ist die Endlagerung der radioaktiven Abfälle noch nicht gelöst.“

Das ist jetzt der **Höhepunkt der bundesrätlichen Ignoranz**. Dieselbe Behörde, der Bundesrat, hat 1985 das „Projekt Gewähr“ genehmigt. Seither ist viel geschehen: Die NAGRA hat ein perfektes Verfahren entwickelt und drei bestens geeignete Standorte bezeichnet. Der Bundesrat ist auf Grund des „Sachplan geologische Tiefenlager“ in der Verantwortung und auf Kurs. **Er braucht nur auszuwählen.**

Wenn der Leuthard'sche Spruch **„Wir müssen nur wollen, dann dürfen wir auch können“ einmal eine Berechtigung hat, dann hier. Ja, wir müssen nur wollen!**

Aber es ginge noch besser. Etwa so wie in Russland. Seit dem 1. Oktober 2016 **wird dort aus „Atommüll“ Strom gemacht**, im neuen Kernkraftwerk BN-800 in Belojarsk, östlich

von Jekaterinburg. Aber davon will man im Bundeshaus wohl nichts wissen.

Interessant ist, was der Bundesrat **nicht** sagt.

Über die unrealistischen „Richtwerte“ zur **Stromproduktion aus Erneuerbaren** verliert er kein Wort. Nochmals Art. 2:

„¹ Bei der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien, ausgenommen aus Wasserkraft, ist ein Ausbau anzustreben, mit dem die durchschnittliche inländische Produktion im Jahr 2020 bei mindestens 4'400 GWh und im Jahr 2035 bei mindestens 11'400 GWh liegt“.

Zur Erinnerung: 2015 waren es 1'716 GWh. **Hier hätte der Bundesrat Gelegenheit gehabt zu sagen, wie er sich die Versiebenfachung in 18 Jahren vorstellt.** Er hat sie verstreichen lassen.

Die **Begrenzung der Förderung** ab 2023 streicht er gross heraus, aber er verschweigt, **dass die zur Finanzierung der langfristigen Verpflichtungen dienende Netzabgabe weiter läuft.** Die neu auf 2,3 Rappen pro kWh begrenzte **Abgabe hat kein Ablaufdatum.** Sie wird wohl zu gegebener Zeit von den Räten ohne Aufhebens erhöht werden, wie wir das aus Deutschland kennen.

Einiges von dem, was uns der Bundesrat auf-tischt, ist inzwischen **kalter Kaffee**. Mit dem Beschluss des Nationalrates, nicht auf die Vorlage für das zweite Massnahmenpaket, **das «Klima und Energie Lenkungsabgabe System» (KELS)** einzutreten, hängt das Energiegesetz in der Luft. **Es ist eine Brücke nach nirgendwo.** Der Bundesrat täte gut daran, diese Vorlage fallen zu lassen und **die Gelegenheit zu ergreifen, eine echte Energiestrategie zu entwickeln.** Es muss ja nicht gleich 2050 sein. Die Probleme werden sich ab 2022 zeigen. Das ist in fünf Jahren! **Wir haben keine Zeit für Träumereien und Luftschlös-ser.**

¹ Name der Redaktion bekannt

Nachlese

Als der „Kalte Krieg“ sich abzeichnete, 1948, schrieb George Orwell den Roman «1984». Er spielt im Reich eines unsichtbaren Diktators – der „Grosse Bruder“ genannt – der alles und jedes überwacht und seine Untertanen durch die Manipulation der Sprache beherrscht.

Sein Wahrheitsministerium entscheidet darüber was gedacht werden darf und als wahr zu gelten hat. Dabei verwendet es die Sprache „Neusprech“ in welcher Worte und Begriffe hemmungslos vertauscht werden. So unterstehen die Streitkräfte dem „Friedensministerium“. „Doppeldenk“ lehrt, dass Widersprüche nicht widersprüchlich sind.

Wir sollten den Roman wieder mal lesen. Vielleicht würden wir dann die «Erläuterungen des Bundesrates zum Energiegesetz» mit grösserem intellektuellen Vergnügen lesen. Sie könnten nämlich direkt aus dem Wahrheitsministerium stammen.

Chancen mit NEIN!

Während ihrer Pressekonferenz vom 21. März sagte BR Leuthard zur Abstimmung vom 21. Mai unter anderem Folgendes:

„Ich habe mit Freude festgestellt, dass die Vertreter der Wirtschaft auch sagen Kernkraft ist wahrscheinlich nicht das Zukunftsmodell für die Schweiz, aber gleichzeitig kritisiert man ‚Wir haben die Versorgung nicht sichergestellt‘. Ja, also, ok! Was ist dann die Alternative?“

.energiesuisse.net ein Netz von Schweizerinnen und Schweizern, die sich im Einklang mit der Bundesverfassung (Art. 89) zum Wohle der Bevölkerung und der Wirtschaft für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung, sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch, einsetzen. Eine nachhaltige Energiestrategie muss nicht nur Arbeitsplätze und Wohlstand sondern auch die Landschaft schützen. Dem Netz angeschlossen sind: "Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES)"; "Arbeitsgruppe Christen + Energie (ACE)"; "Arbeitskreis Energiewende (AKE)"; "Carnot-Cournot-Netzwerk"; "Clubenergie 2051"; "Energy for Humanity (Schweiz)"; „Forum Medizin und Energie“; "Frauen für Energie (FFE)"; "Gruppe Gesamtenergie (GGE)"; "Kettenreaktion"; "Liberales Institut"; "Naturfreunde für Atomstrom"; "Women in Nuclear (WiN)".

Redaktion des Bulletins "Hochspannung" von .energiesuisse.net:

Für die deutschsprachige Ausgabe: Dr. Irene und Dr. Simon Aegerter (Physikerin / Physiker Uni Bern)

Für die französischsprachige Ausgabe: Dr. Bruno Pellaud (Physiker ETHZ und Volkswirtschaftler Uni Lausanne). Für die französischsprachige Ausgabe, «Courant fort», siehe Website www.energiesuisse.net

Sie rühmt ihre Strategie als „Sicher, sauber, schweizerisch“, dabei macht sie die Energieversorgung weniger sicher, weniger sauber und sie ist ein unschweizerisches Flickwerk.

BR Leuthard unterstellt, nach einem Nein hätten wir nichts und stünden mit leeren Händen da. In Wirklichkeit haben wir nach einem Nein die Chance, eine **echte Strategie** inklusive Netzstrategie zu entwickeln. Das heisst, eine Auslegeordnung der bestehenden und wahrscheinlichen künftigen Probleme zu erstellen und die sich jetzt und in Zukunft bietenden Möglichkeiten zu deren Lösung aufzulisten. **Daraus sind die besten Lösungen ideologiefrei, faktenbasiert und unvoreingenommen auszuwählen.**

Es würde sich auch eine Chance bieten, **eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung für die Wasserkraft zu finden**, statt mit einer Pflasterlipolitik vorübergehend Freunde zu gewinnen. Es bieten sich verschiedene Wege an:

- Den deutschen Kohlestrom mit einer CO₂-Abgabe belasten,
- die Wasserzinsen statt bei den Kraftwerken bei den Konsumenten erheben oder
- Deutschland bei der WTO wegen Dumpings einklagen.

Ein „Nein“ am 21. Mai eröffnet Möglichkeiten und Chancen, ein „Ja“ zementiert einen gefährlichen und teuren Irrweg!